

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 08. Juli 2015

Vorlagen-Nr. 15-F-03-0079

An-/Abmeldungen von Gewerbe

-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.06.2015-

Mit Antwort 15-V-21-0002 auf eine Anfrage unserer Fraktion teilte der Magistrat mit, dass ihm keine Erkenntnisse vorlägen, ob und warum in Wiesbaden ansässige Unternehmen ihren Unternehmenssitz in das Umland bzw. umgekehrt an- oder abmelden. Im Zuge der derzeitigen Überlegungen nach einer Notwendigkeit der Erhöhung der Gewerbesteuer erscheint es der Fraktion essentiell, Erkenntnisse darüber zu erlangen ob und warum Unternehmen ihre Niederlassung in der Region ändern.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob es in der Vergangenheit unmittelbar vor bzw. nach einer Erhöhung der Gewerbesteuer zu einer signifikanten Änderung der Gewerbean- bzw. abmeldungen kam.
2. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob und wie generell entsprechende „Wanderbewegungen“ von Unternehmen erfasst werden können, z.B. durch eine Aufnahme einer entsprechenden Notiz bei den An- oder Abmeldungen.
3. Der Magistrat wird weiter gebeten, mittels Anfrage an die heimische Industrie- und Handelskammer bzw. Handwerkerkammer und vergleichbare Berufsständische Organisationen von gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, eine qualitative Einschätzung zu diesem Thema zu erbitten.

An-/Abmeldungen von Gewerbe

- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD für die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 8. Juli 2015 zur TO I - TOP 7-

Mit Antwort 15-V-21-0002 auf eine Anfrage unserer der Fraktion Bündnis90/Die Grünen teilte der Magistrat mit, dass ihm keine Erkenntnisse vorlägen, ob und warum in Wiesbaden ansässige Unternehmen ihren Unternehmenssitz in das Umland bzw. umgekehrt an- oder abmelden. Im Zuge der derzeitigen Überlegungen nach einer Notwendigkeit der Erhöhung der Gewerbesteuer erscheint es der Fraktion essentiell, Erkenntnisse darüber zu erlangen ob und warum Unternehmen ihre Niederlassung in der Region ändern.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

ob es in der Vergangenheit unmittelbar vor bzw. nach einer Erhöhung der Gewerbesteuer zu einer signifikanten Änderung der Gewerbean- bzw. abmeldungen kam.

2. Beschlusspunkt 2. des Antrags von Bündnis90/Die Grünen wird ersetzt durch:

Der Magistrat wird gebeten, die wissenschaftlichen Erkenntnisse unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Unterschiede der Hebesätze der Gewerbesteuer zusammenzufassen, die aufgrund von verschiedenen Studien über die Ursachen von Betriebsverlagerungen über Gemeindegrenzen hinweg erstellt wurden.

3. Der Magistrat wird weiter gebeten, mittels Anfrage an die heimische Industrie- und Handelskammer bzw. Handwerkerkammer und vergleichbare Berufsständische Organisationen von gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, eine qualitative Einschätzung zu diesem Thema zu erbitten.

Beschluss Nr. 0199

1. Der Antrag in der Fassung des Änderungsantrags von CDU und SPD (übernommen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) ist zu Punkt 1 erledigt.
2. Die Punkte 2 und 3 in der Fassung des Änderungsantrags von CDU und SPD (übernommen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) werden angenommen.

Der Magistrat wird gebeten, zu diesen Punkten in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 23.09.2015 zu berichten.

Wiederaufnahme in die Tagesordnung 23.09.2015

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2015

Belz
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2015

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2015

Dezernat VII
in Verbindung mit
Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister